



Gruppe Die Linke./ Piratenpartei
linksfraktion@stadt-oldenburg.de
oldenburg.de

Tel: 0441 235 3664 Tel: 0441 235 2815 Fax: 0441 235 3636



Markt 1, 26122 Oldenburg
Jan-Martin Meyer [jan-martin.meyer@piratenpartei-](mailto:jan-martin.meyer@piratenpartei-oldenburg.de)

An den
Oberbürgermeister
Herrn Dr. Schwandner
Markt 1
26122 Oldenburg

02.12.2013

Sehr geehrter Herr Dr. Schwandner,

die Gruppe Die Linke./Piratenpartei beantragt zur Ratssitzung am 16.12.2013 den Tagesordnungspunkt

Solidaritätserklärung für Edward Snowden

zu behandeln.

Dazu stellen wir den folgenden zu beschließenden Antrag:

Solidaritätserklärung für Edward Snowden - für die Wahrung der informationellen Freiheit

Der Rat der Stadt Oldenburg

- 1. erklärt sich solidarisch mit Edward Snowden in seinem Engagement für die Wahrung der informationellen Freiheit. Er hat der Gesellschaft die Augen geöffnet für illegales staatliches Handeln in ungeheuerlichem Ausmaß. Er hat Mut bewiesen und Gefahren für seine Person auf sich genommen, um in sehr wirksamer Art und Weise darauf aufmerksam zu machen, dass weltweit Daten in sehr viel größerem Umfang von staatlichen Nachrichtendiensten abgehört und ausgespäht werden als bislang bekannt war und staatliche Stellen einräumen wollten. Snowden hat offen gelegt, in welchem großem Umfang die Nachrichtendienste bei ihren Überwachungsaktivitäten Unterstützung von privaten Internetunternehmen erhalten und dass ein Großteil der Geheimdienstaktivitäten ohne gesetzliche Grundlage geschieht, wobei viele Inlandsgeheimdienste (u.a. der BND) auf die Daten anderer Geheimdienste zurückgreifen, um Gesetze im eigenen Land gezielt zu umgehen. Snowden hat zudem gezeigt, dass sich staatliche Behörden in erschreckendem Umfang politischer Kontrolle entziehen. Sie missbrauchen Sondergesetze, die vorgeblich der Terrorabwehr dienen,**

teils systematisch, teils willkürlich zu anderen Zwecken. Edward Snowdens Enthüllungen und seine Zivilcourage haben weltweit eine längst überfällige Debatte über die Grenzen staatlicher Ausspähpraktiken und deren unzureichende politische Kontrolle in Gang gesetzt. Insbesondere an die Regierung der USA und Großbritannien gerichtet erklären wir: Wir haben kein Verständnis für die Kriminalisierung dieses Mannes! Indem er unter hohem persönlichem Risiko sein Gewissen über das Gesetz gestellt hat, hat er der Gesellschaft weltweit im Sinne der Wahrung der informationellen Freiheit einen großen Dienst erwiesen. Dafür verdient er unseren Respekt und unsere Solidarität.

2. spricht sich gegen die illegale Überwachung und Datensammelei durch deutsche, ausländische Geheimdienste und Datensammler aus.
3. fordert die Bundes- und Landesregierung sowie die Oldenburger Abgeordneten auf, sich für die Aufnahme und gegen Verfolgung und Auslieferung Snowdens einzusetzen.
4. fordert die Bundesregierung auf, sich bei der US-Administration für die Wahrung der Recht Edward Snowdens einzusetzen.

Begründung:

Der Rat der Stadt Göttingen hat auf seiner Sitzung am 13.9.2013 einen gleichlautenden Antrag beschlossen (außer dass dort die Göttinger Abgeordneten aufgefordert werden...)

Wenn der Antrag zu Ziff. 3 Erfolg hat, könnte Edward Snowden auch nach Oldenburg eingeladen werden. Die Eintragung in das Goldene Buch der Stadt wäre dann auch angemessen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Hans-Henning Adler

Fraktionsvorsitzender